

BNU-Brief

AN DIE MITGLIEDER UND AN DIE FREUNDE UND FREUNDINNEN VON NATUR UND UMWELT

DER BNU IN BRANDENBURG: INTERESSENVERTRETUNG FÜR NATUR UND UMWELT.

Am 19. Mai 1990 fand die Neugründung des Landesverbandes Brandenburg des Bundes für Natur und Umwelt (BNU) in Frankfurt/Oder statt. Michael Weidlich, zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt, und Geschäftsführer Frank Bier ziehen eine kurze Bilanz der bisherigen Arbeit und geben Auskunft über die Perspektiven des BNU im künftigen Land Brandenburg.

Die Gründung des BNU Brandenburg als juristisch selbständige Organisation erfolgte auf einer Versammlung der Delegierten der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) aus den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam. Bereits zuvor waren im Zuge der Wende in der DDR in den meisten Kreisen der Bezirke Cottbus und Frankfurt/Oder neue GNU-Vorstände gewählt worden, um die Voraussetzungen für einen Neubeginn zu schaffen. Doch bestanden, darauf weisen Michael Weidlich und Frank Bier hin, auch vor dem November 89, v.a. im Bezirk Frankfurt/Oder, durchaus Möglichkeiten eines beschränkten naturschutzpolitischen Engagements, die es mit Geschick und Fingerspitzengefühl auszunutzen galt. Als Beispiel führen sie den Streit um eine Forellenmastanlage inmitten eines Naturschutzgebietes im Löcknitztal an, der bis zur Einschaltung des Kreis- und Bezirksgerichtes führte. Falschgutachten wurden enttarnt und Alternativvorschläge durch die GNU unterbreitet. Die Rolle der Organisation vor der Wende muß regional differenziert betrachtet werden: Je geringer der SED-Einfluß und je selbstbewußter das Engagement für den Umweltschutz war bzw. ist (bis zu handfesten Auseinandersetzungen z.B. bei Meliorations-/ "Flurbereinigungs-"Vorhaben), desto größer ist auch die Akzeptanz von GNU/BNU in der Umweltbewegung.

Staatsgeheimnis "gelüftet"

Zu den Erfolgen des BNU unmittelbar nach der Wende zählt auch die Einberufung des ersten "Grünen Tisches" im Bezirk Frankfurt/O zu Beginn des Jahres, der inzwischen als "Beirat für Umweltschutz" seine Arbeit weiterführt. Ihm gehören Vertreter von Umweltverbänden und Parteien an, Behördenvertreter wurden zur Beiraterstattung geladen. Michael Weidlich: "In den letzten sechs Jahren wurde nicht ein Naturschutzgebiet im Bezirk beschlossen, unsere Anträge sind viele Jahre vom Rat des Bezirkes aufgeschoben worden. Über den Grünen Tisch konnten wir vor der Auflösung des Bezirkes und des Bezirkstags noch erreichen, daß insgesamt - mit Gebietsveränderungen, Neuausweisungen, Überführung in einen neuen Schutzstatus - über 30 Gebiete noch einmal zusätzlich gesichert wurden." Weitere Erfolge der Arbeit des Gremiums: der Schutz eines Naturschutzgebietskomplexes an den Oderhängen (siehe Foto; Ausschilderung und Bewachung wurden gesichert sowie in Zusammenarbeit mit dem BUND Berlin ein Informationsblatt erstellt), Übernahme von Einschränkungen des Motorbootverkehrs aus West-Berlin, vorläufiger Baustopp für ein Heizkraftwerk auf Braunkohlebasis (gemeinsames Vorgehen der Grünen Partei, der Grünen Liga und des BNU), ausführliche Diskussion bislang geheimer Umweltdaten. Auf der Grundlage der Berichte der Räte der Kreise hat der BNU, unterstützt durch den BUND Berlin, mittlerweile einen Broschüre "Umweltbericht Frankfurt/Oder" herausgegeben, die eine erste kritische Bestandsaufnahme enthält und in den Geschäftsstellen angefordert werden kann. Umweltp Probleme gibt es im Land Brandenburg wahrlich genug, z.B. (Gift-) Müllkippen in Schwedt-Angermünde, bei Frankfurt/O, in Fürstenwalde, Erkner (innerhalb des Grundwassereinzugsgebietes Müggelsee), sowie laufende "Dreckschleudern" wie das petrochemische Kombinat Schwedt, in dessen unmittelbarer Umgebung die größten Waldschadensbilder von ganz Mitteleuropa zu finden sind, das Edelstahlkombinat in Eisenhüttenstadt mit enormen Staub- und Schwefeldioxidemissionen, das Chemiekombinat Eberswalde, das Schichtpreßstoffwerk Bernau mit besorgniserregenden Dioxin-Emissionen, um nur einige zu nennen. Michael Weidlich: "Der Umweltschutz muß eine maßgebliche Flanke unserer zukünftigen Arbeit sein." Der BNU, der aufgrund der bekannten Einschränkungen bisher v.a. auf dem Naturschutz-Sektor tätig war, strebt deshalb eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit und schließlich den Zusammenschluß mit dem BUND an.

Zusammenarbeit nötig

Neben die allseits bekannten "klassischen" Umweltp Probleme, zu denen natürlich auch die Braunkohleförderung im Bezirk Cottbus gehört, tritt noch die Fehlentwicklung der Landwirtschaft mit riesigen Monokulturen und Mastbetrieben, z.B. in Eberswalde, (vgl. letzte *Berlin aktuell*). Im Oderbruch z.B. hat die Flurbereinigung zu extremen Erosionserscheinungen geführt bis hin zu Verhältnissen "wie in der Sahara". Der BNU versucht jetzt, als ersten Schritt eine Gülleverordnung nach westdeutschem Muster zur Begrenzung des Nährstoffeintrages durchzusetzen. Da die Landwirtschaft in der Mark Brandenburg aufgrund der oftmals schlechten Bodenqualitäten keine große Zukunft mehr hat, werden erste Projekte des ökologischen Landbaus und einer naturgemäßen Waldwirtschaft, z.B. bei Beeskow, unterstützt.

Es ist jedoch auch ein "offenes Geheimnis", daß große Flächen durch westliche Privatpersonen oder Firmen aufgekauft oder gepachtet werden. Von Golfplätzen bis zur Formel-1 -Rennbahn sind die abenteuerlichsten Projekte im Gespräch. Schon deshalb ist nach Meinung von Michael Weidlich und Frank Bier eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Umweltorganisationen in West und Ost notwendig. Am Beispiel der Trassenwahl für die Schnellbahnverbindung Berlin - Hannover wird wieder einmal deutlich, wie wenig die Natur zählt, wenn es um "hochpolitische Entscheidungen geht". Die Trasse führt direkt im Westen von Berlin mitten durch ein Naturschutzgebiet. Michael Weidlich: "Wir fordern als Bund in dieser Beziehung wenigstens eine vernünftige Landschaftsplanung, die bei dem genannten Vorhaben überhaupt nicht existiert. Und das ist das Problem: Wir haben nach wie vor einen rechtsfreien Raum! Wir haben zwar ein neues Bundesnaturschutzgesetz, kommen aber über die einzelnen Behörden nicht unmittelbar zur Umsetzung, es sind derzeit z.B. keine Eingriffsregelungen vorhanden. Gegenwärtig werden wir vor vollendete Tatsachen gestellt, das droht sich mindestens bis Ende des Jahres hinzuziehen." Im BNU arbeitet deshalb bereits eine Arbeitsgruppe an einem Entwurf für ein Naturschutzgesetz des Landes Brandenburg. Darüberhinaus ist der Verband bestrebt, Flächen um Schutzgebiete herum und Schutzgebiete selber aufzukaufen, um sie als eigene Flächen für Alternativprogramme zu nutzen. Zum Beispiel wurde dem BNU auch ein ehemaliges Erholungsheim der Staatssicherheit zur Übernahme angeboten.

So wird die praktische Naturschutzarbeit (z.B. Renaturierungsmaßnahmen an Fließgewässern im Schlaubetal) in jedem Fall ein wichtiges Standbein des BNU bleiben, die Arbeit aber auf die gesamte Breite des Umwelt- und Naturschutzes bezogen werden, mit dem BUND als direktem Partner. Der BNU ist - ähnlich wie der BUND - fachlich und regional organisiert und hat im Gebiet des Landes Brandenburg ca. 5.000 Mitglieder.

Carsten Sperling

Aus: berlin aktuell 3/90, S.2

FAHRBARES LABOR SOLL UMWELTDATEN SAMMELN.

Frankfurt/Oder. Seit dem 3.10.1990 ermittelt in Frankfurt/O. und Umgebung ein mobiles Labor Meßdaten über die Umweltbelastung von Boden, Luft und Wasser. Das fahrbare Labor enthält computergestützte Meßinstrumente, darunter ein Massenspektrometer. So können bereits vor Ort verlässliche Daten über umweltbelastende Stoffe gewonnen werden. Die Resultate der von Chemikern analysierten Proben organischer Substanzen erhält anschließend das Umweltdezernat der Odermetropole.

Die zur Zeit noch unentgeltlichen Analysen werden durch die von der Europäischen Gesellschaft für Ökologie und Medizin August Bier e.V. und dem Kulturbund e.V. gegründete Umweltanalytik Brandenburg GmbH (mit Sitz in Frankfurt/O.) erstellt. Die batteriebetriebenen technischen Geräte wurden von einer Bremer Firma entwickelt, die das Labor künftig auch mit einem medizinischen Diagnosegerät ausstatten möchte.

Die Umweltanalytik Brandenburg wird als Partnerin des Technologiezentrums Umwelt und Medizin an der Ost-Berliner Charite die Auswirkungen von Umweltschäden auf die menschliche Gesundheit untersuchen. Für diese Ziele wird auf die Mitwirkung von Kommunen gesetzt. Bis Ende des Jahres ist der Einsatz eines zweiten mobilen Labors geplant, das neben organischen auch anorganische Stoffe unter die Lupe nehmen soll (veröff. im "Tagesspiegel" Berlin, Nr.13663 vom 4.9.90).

NEUE INSTITUTE FÜR ÖKOLOGISCHE FRAGEN

Unter vermutlich weiteren ins Haus stehenden Gründungen von Umweltforschungsinstituten seien hier zwei Beispiele genannt: Das "Unabhängige Institut für Umweltfragen" (UFU), das bereits vor Monaten gegründet wurde und am 29./30. September in Halle seine Jahrestagung durchführt, sowie das "Institut für Ökosystemforschung" (IFOE), das derzeit an der Akademie der Wissenschaften aufgebaut wird.

Das UFU gibt einen zweimonatlichen Informationsbrief heraus, der über seine Fachbereiche und Netzwerke sowie deren Aktivitäten berichtet. Im Aufbau befinden sich die Netzwerke Bodenbelastung, Gewässerbelastung und Luftbelastung sowie die Fachbereiche Genetische Toxikologie, Energie und Umweltrecht. Einzelne Projekte betreffen Müllhaldenkartierungen, ökologische Stadtumgestaltung, kommunale Energieversorgungskonzepte, Schwermetallbelastung, Krebsrisiken durch Luftverunreinigung, Flechtenkartierung etc. Weitere Informationen: UFU,

Große Klausstraße 11, 4020 Halle/S.; UFU-Geschäftsstelle Berlin: Friedrichstr.165, 1080 Berlin

STROMVERTRAG BRICHT GELTENDES RECHT.

Der Vertrag über die energiewirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den drei größten westdeutschen Energiekonzernen (RWE, Bayernwerk, VEBA) und der Treuhandanstalt der DDR beugt geltendes Recht, weil er dem im Kommunalverwaltungs- und Kommunalvermögensgesetz der DDR formulierten Ziel, die Energieversorgungsanlagen in kommunalen Besitz zu überführen, widerspricht. Daher enthält der Vertrag die Aufforderung, die Regelungen zu ändern, die ihm entgegenstehen. Dies beabsichtigt Umweltminister Steinberg mit der DVO zum Kommunalvermögensgesetz. Die Kommunen dürfen danach lediglich Kraftwerke mit 10 Megawatt Leistung besitzen. Darüberhinaus ist als Anlage zum Einigungsvertrag vorgesehen, daß eine Gemeinde, die ein Stadtwerk gründen will, nachweisen muß, daß die kommunale Versorgung günstiger ist als die privatwirtschaftliche. Gegen beide Bestimmungen regt sich Widerstand, so vom saarländischen Wirtschaftsministerium, vom Verband kommunaler Unternehmen und vom Deutschen Städtetag. Weitere Informationen: Verband kommunaler Unternehmen, Brohlerstr.13, 5000 Köln 51, Tel.: 3770206

DIOXINFUNDE IN DER DDR

Ilseburg. Auf dem Gelände der Kupferhütte in Ilseburg hat der TÜV Hannover kürzlich Dioxinwerte in Höhe von 396.200 Nanogramm/kg festgestellt. Dies ist die höchste Belastung, die je in der DDR gefunden wurde. Obwohl die Belastung behördlich bekannt ist, existiert noch kein Sanierungskonzept. Nach wie vor wird auf der Hütte mit den Giften sorglos umgegangen. Wer die Sanierung, die allein in diesem Jahr 800.000 DM kosten wird, bezahlt, ist noch unklar.

GEWÄSSERSANIERUNG

Seit dem 1.Juli gelten auch in den Ländern der DDR mit Inkrafttreten des Umweltrahmengesetzes die EG-Trinkwasserrichtlinie und die BRD-Trinkwasserverordnung. Dabei gilt ein Moratorium von 4 Jahren, in denen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Nach Ablauf dieser Frist erwartet die EG in Brüssel einen Bericht über Gewässersanierungskonzepte und -maßnahmen. Neben einer engen Zusammenarbeit zwischen DDR- und BRD-Wasserbehörden ist eine Umstrukturierung der Verwaltung in den DDR-Ländern geplant. Es werden Landeswasserbehörden eingerichtet nach dem Vorbild der BRD. Ziele sind u.a.

- die Verringerung des Wasserverbrauchs durch technische Maßnahmen in Haushalten und Betrieben,
- die Sanierung der Wasserwerke,
- die Verminderung der Emissionen in der Landwirtschaft, insbesondere Gülle,
- die Verbesserung der Abwassertechnik in Klärwerken.

Überblick über die Situation der DDR-Gewässer

Flüsse: Die DDR verfügt über insgesamt 90 000 Kilometer Flüsse und Bäche. Davon werden jährlich 11 000 Kilometer nach ihrem Zustand klassifiziert. Dazu gehören alle großen und wichtigen Wasserläufe. 46 Prozent der 11 000 Kilometer sind durch ihre organische, hygienische und Salzbelastung nicht mehr für eine Badenutzung, nicht mehr für eine einfache Aufbereitung in der Industrie und schon gar nicht für die Trinkwasserversorgung geeignet.

Seen: Von den rund 12 000 Seen in der DDR werden jährlich die 598 bedeutendsten klassifiziert. Davon erhielten 1988 nur zwei Prozent die Klasse 1, 30 Prozent die Klasse 2, 53 Prozent die Klasse 3 und 15 Prozent die Klasse 4. Mit einer spürbaren Verbesserung ist 1989 und 1990 nicht zu rechnen.

Grundwasser: Der Zustand des Grundwassers hat sich in der DDR, wie in ganz Europa, verschlechtert. Der Nitratgrenzwert wird seit langem durch landwirtschaftliche Überdüngung, insbesondere im Süden, überschritten. 1988 tranken rund 450 000 Einwohner über längere Zeit Wasser mit überschrittenen Grenzwerten. Die Zahl stieg zeitweise auf insgesamt 1,2 Millionen Menschen, betroffen waren vor allem die Bezirke Magdeburg, Gera, Erfurt, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Dresden.

Ostsee: Die DDR hat in Erfüllung der Helsinki-Konferenz die Abwassereinleitung in die Ostsee von 1974 bis 1988 verringert. Die Reduzierung entspricht den Abwässern von 1,2 Millionen Einwohnern. Der Anteil der DDR an der Gesamtbelastung der Ostsee beträgt nach Angaben aus dem Umweltministerium bei Stickstoff 0,7 Prozent, bei Phosphor 0,2 Prozent und bei Quecksilber, Cadmium und Zink je 0,1 Prozent.

Die Hauptgründe für die in den letzten Jahren stark zugenommenen Gewässerverschmutzungen liegen nach Ansicht des Leiters der staatlichen Gewässeraufsicht vor allem in der unzureichenden Reinigung der Abwässer direkt bei den Verursachern sowie in der Verletzung gesetzlicher Vorschriften. So wurden 1988 Sanktionen gegenüber Betrieben und genossenschaftlichen Einrichtungen in Höhe von 126 Millionen Mark verhängt. 87 Millionen Mark davon betrafen allein die chemische Industrie. Die jährliche organische Abwasserlast der DDR ist insgesamt so hoch, als würden 66 Millionen Einwohner hier leben. Die Hälfte dieser Abwässer fließt ungeklärt in die Gewässer. Mit der Entwicklung des Wohnungsbaus blieb die Abwasserbehandlung auf der Strecke. Zur Zeit werden in der Industrie 67 Prozent des zu reinigenden Wassers in entsprechenden Anlagen behandelt. Im Kommunalbereich sind es 85 Prozent. Dies soll jetzt weiter forciert werden.

Eine Wassergefährdung besteht ebenso durch meldepflichtige Havarien, bei denen Schadstoffe austreten. Allein die Unfälle des vergangenen Jahres verursachten einen nachgewiesenen Schaden von rund vier Millionen Mark. Der ökologische Schaden ist noch größer. Alle Unfälle, so das Umweltministerium, seien bei mehr Verantwortungsgefühl für die Umwelt vermeidbar gewesen.

DDR ALS ENDLAGER FÜR ATOMMÜLL?

Die Suche nach Endlagerstätten für Atommüll konzentriert sich immer mehr auf das Gebiet der DDR. Neben dem bereits als Atommüll-Deponie genutzten Kali-Schacht Morsleben im Bezirk Magdeburg soll nun der Kirschberger Granit im Erzgebirge auf seine Eignung für die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle überprüft werden. Dieses Gebiet ist bereits infolge des Uranabbaus durch die SDAG Wismut verstrahlt.

Weitere Informationen: Ökologische Briefe, Umlandstr.58, 6000 Frankfurt/M., Tel.: 490503

DDR-KONTAKTBÜRO DES "FÖRDERKREISES FÜR JUGEND-UMWELTSCHUTZ E.V."

Zittau. In Zittau besteht nunmehr eine Kontaktadresse des Förderkreises für Jugend-Umweltschutz e.V., der die materielle Unterstützung von Jugend-Umweltschutz-Projekten fördern will. Weitere Informationen: Euro-Solar e.V., Herr Jens Blochberger, TH Zittau, Theodor-Körner-Allee 16, Zittau 8800, Tel.: 610 oder 61443

DGB-BILDUNGSWERK SUCHT MITARBEITERINNEN

Die Bildungsschule des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hattingen/Ruhr sucht in der DDR interessierte (Fach-)Leute, die Zeit und Interesse haben, mit den DGB-Verantwortlichen zusammen Seminare im (betrieblichen) Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz durchzuführen. Kontakt: Thomas Voß, DGB Bundesschule, Am Homberg 46-50, 4320 Hattingen/R., Tel.: 22421

ÖKOLOGISCHE STUDIENGEMEINSCHAFT STREBT INSTITUTIONALISIERUNG AN.

Die "Ökologische Studiengemeinschaft e.V.", ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern und Naturschutzpraktikern, strebt die Einrichtung einer Institution an, in der Studien zur Ökologie und zum Natur- und Umweltschutz als Einheit von Forschung und Praxis betrieben werden sollen. Ein wichtiger Grundgedanke ist für die Initiatoren und Initiatorinnen das interdisziplinäre Herangehen an komplexe ökologische Probleme. Dabei sollen regionalspezifische Lösungen gefunden und verallgemeinerbare Aussagen getroffen werden. Die VertreterInnen der Studiengemeinschaft sind optimistisch, das Forstamt Rothemühl im Landschaftsschutzgebiet Rothemühler Forst, Kreise Pasewalk, Strasburg und Ückermünde (Mecklenburg-Vorpommern) vom Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Torgelow käuflich erwerben zu können. Dort sollen dann 8-15 Personen incl. Familienmitgliedern fest angesiedelt sein und weitere 10 Personen saisonal beschäftigt werden,

um die Arbeitsziele der Studiengemeinschaft (i.e. Ökologischer Landbau, Biotop- und Artenschutz, Forstwissenschaft, Regionalplanung, Ökologie und vergleichende Wissenschaften, Psychologie) verwirklichen zu helfen. Kontakt: Peter Markgraf, Scheringer Str.16, Pasewalk 2100, Tel.: 2475

UMWELTMINISTER SCHRIEB...

Berlin. Dieser Tage erhielt die BNU-Geschäftsstelle ein Schreiben des DDR-Umweltministers Steinberg, in dem angeregt wurde, daß die Umweltschutzverbände in den Ländern der DDR mit den Landschaftspflegeverbänden in den entsprechenden Partnerländern der BRD Kontakt aufnehmen sollten, um auch ähnliche Initiativen in den zukünftigen ostdeutschen Bundesländern zu fördern.

Die Landschafts(pflege)verbände der BRD sind freiwillige Zusammenschlüsse von Vertretern der Kommunalpolitik, der Landwirtschaft und des Naturschutzes, in denen die politischen MandatsträgerInnen der Kommunen, die VertreterInnen der Landwirtschaft und der Umwelt- und Naturschutzverbände gleichberechtigt zusammenwirken. Sie haben sich die fachlich einwandfreie Pflege von Naturräumen zum Ziel gesetzt. Dabei werden staatliche Fördermittel für Naturschutz gezielt eingesetzt, z.B. um Landwirten in strukturschwachen Gebieten ein auf umweltgerechter Landwirtschaft begründetes Zusatzeinkommen zu verschaffen. Kontakt z.B. in Mittelfranken: Landschaftspflegeverband Mittelfranken e.V., Bischof-Meiser-Str.2, 8800 Ansbach, Tel.: 53-700 oder 53-536

ELBE-KOLLEG GEGRÜNDET

Dresden. An der Fakultät Bau-, Wasser- und Forstwesen der TU Dresden, die den Umweltaspekt als verbindendes Anliegen hat, haben sich Wissenschaftler der Sektionen Bauingenieurwesen, Architektur, Geodäsie und Kartographie, Wasserwesen und Forstwesen zu gemeinsamem Wirken im Rahmen eines Elbekollegs zusammengefunden.

Das Elbe-Kolleg will interdisziplinäres Forum eines ökologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesamtkonzepts für den Elberaum sein. Es vereint sich mit den bereits existierenden Rhein- und Donaukollegs zu einem komplexen Betrachtungs- und Wirkungsfeld im mitteleuropäischen Raum. Das Wirkungsfeld soll durch die Gründung eines Oderkollegs erweitert werden. Länder-Grenzübergreifend sollen sich im Elbekolleg alle in diesem Landschaftsraum wirkenden Persönlichkeiten und Institutionen, Forschungs- und Ausbildungsstätten, Kommunen, Territorial- und Stadtplanungsämter, Wasserwirtschafts- und Abwasser- sowie Wirtschaftsunternehmen, Kultur- und Freizeitunternehmen,

Gesellschaften und Vereine zusammenschließen unter der Zielsetzung, die Probleme der räumlichen Entwicklung einschließlich von Naturschutz und Landschaftspflege sowie der stofflichen Umweltprobleme zu bündeln und an Problemlösungskonzepten gemeinsam zu wirken. Die Dresdener Kontaktadresse ist: Prof.Dr.ing.habil.H.Trauzettel, Fakultät Bau-, Wasser- und Forstwesen der TU Dresden, Mommsenstr.13, Dresden 8027

VERANSTALTUNGEN/ TERMINE:

Landwirtschaft und Gesellschaft- Unter einem Dach? Suche nach neuen Wegen für die Landwirtschaft. Ein Forum zur Agrarkultur in Göttingen vom 1.-4.10.1990. Referate und Beiträge zum Thema Zukunft der Landwirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt usw. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF), Deutscher Bauernverband (DBV), Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Verbraucherinitiative (VI), Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL) Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) und von den Kirchen. Kostenbeitrag: 60,-DM. Kontakt: Institut für Rurale Entwicklung, Büsgenweg 2, 3400 Göttingen, Tel.: 39-3906

Verbandsnaturschutz- Grundlagen, Aufgaben, Probleme in Waren/ Lehrstätte Müritzhof, vom 1.-5.Oktober 1990. Referate und Beiträge zu allen Fragen der ehrenamtlichen verbandspolitischen Natur- und Umweltschutzarbeit. Von der Mittelbeschaffung bis zur Mitgliederwerbung und -betreuung. Nur für TeilnehmerInnen aus den ostdeutschen Bundesländern. Diese Veranstaltung ist *kostenlos*. Kontakt: Lehrstätte Müritzhof, Tel.: Waren

Zukunft des Naturschutzes in Deutschland- der Beitrag der DDR in Kolpin, Kreis Beeskow vom 7.-11.10.1990. Schwerpunkte: Grundkonzeptionen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Naturschutzrecht, Biotop- und Artenschutz, Landwirtschaft und Naturschutz. Kosten: 170,-DM, einschl. Unterkunft und Verpflegung. Kontakt: ABN, Konstantinstr. 110, 5300 Bonn 2, Tel.: 330041

Arbeitskonferenz des Arbeitskreises "Kritische Ökologie" des Bundes demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in Berlin, Humboldtuniversität, am 19. und 20.10.1990. Schwerpunkte: Entwicklungslinien der Umweltpolitik in der BRD, Umweltforschung BRD/DDR, Auswertung der Jahrestagung Kritische Ökologie '90 "Wasser", Vorbereitung der Tagung '91. Kontakt: BdWi, c/o H.Behrens, Pfalzburger Str.51, 1000 Berlin 31, Tel.: 8621808

Das Bundesnaturschutzgesetz in Theorie und Praxis- Möglichkeiten und Probleme, in Inzmühlen (Lüneburger Heide) vom 5.-9.11.1990. Schwerpunkte: Wege des Naturschutzes in der BRD. Grundanliegen, Rahmenbedingungen und Basisstrukturen des BNatSchG, Prinzipien der Landschaftsplanung nach §5ff. BNatSchG, Eingriffs- und Ausgleichsregelung nach §8 BNatSchG, Problem der "Landwirtschaftsklausel", Biotop- und Artenschutz, Verbandsmitwirkung nach §29 BNatSchG, Kontakt: ABN, Konstantinstr.110, 5300 Bonn 2, Tel.: 330041

Umweltinformationssysteme in Borken/Westf., am 14.11.1990. Schwerpunkte des Spezialseminars: Anforderungsprofil für EDV-gestützte Umweltinformationssysteme- Aufbau und Einsatzmöglichkeiten von Umweltinformationssystemen, Anforderungen und Beschreibung eines Expertensystems für die UVP, Demonstration der Bearbeitung einer UVP mit Hilfe eines Expertensystems. Gebühren: 180,-DM, Kontakt: Europäische Umweltakademie im Kreis Borken, Burloer Str.93, 4280 Borken, Tel.: 821146

Informationsschau "Umweltgerechte Agrarproduktion" in Berlin vom 13.-17.11.1990, Ausstellungszentrum am Fernsehturm, tgl. von 9-18 Uhr. Geräte und Verfahren zur bodenschonenden Landwirtschaft, techn. Problemlösungen für die Güllewirtschaft, Düngung, Systemlösungen für die Tierproduktion, usw.. Kontakt: Deutsche Agrarwiss. Ges. (Awig) Berlin

Umweltplanung- Reparaturunternehmen oder ökologische Raumentwicklung? in Mainz vom 29.11.-1.12.1990, Schwerpunkte: Geographische Informationssysteme, Bürgerbeteiligung, Umweltbewußtsein, Umweltbeauftragte, Fragen aus der Praxis an die Ökosystemforschung, Grenzüberschreitende Umweltprojekte der EG, Umweltplanung im Großraum Frankfurt. Weitere Informationen: Deutscher Verband für angewandte Geographie, PF 301268, 2000 Hamburg 36

Naturschutzrecht in Waren/ Lehrstätte Müritzshof, vom 3.-7.12.1990. TeilnehmerInnen: Hauptberufliche Mitarbeiter für Naturschutz in staatl. Naturschutzverwaltungen. ReferentInnen: Mit-

glieder der ABN, Mitarb. der Lehrstätte, VertreterInnen der Verwaltung. Schwerpunkte: Stand und Perspektiven der Naturschutzarbeit in den Ländern der DDR, Inhalt und Probleme des BNatSchG, Stand des Nationalparkprogramms, Biotop- und Artenschutz nach dem BNatSchG, Landschaftsplanung, Verbandsbeteiligung nach §29 BNatSchG, Eingriffs- und Ausgleichsregelung nach §8 BNatSchG, Bundesnaturschutzrecht im Verhältnis zum Ländernaturschutzrecht, Organisationsform der Naturschutzarbeit in den Ländern der DDR, Gemeinsamkeiten und Unterschiede des bish. Rechts, Exkursionen. Kontakt: ABN, Konstantinstr.110, 5300 Bonn 2, Tel.: 330041

ADRESSEN DES BNU-BUND FÜR NATUR UND UMWELT:

Geschäftsstelle für die Länder der DDR:

c/o Hermann Behrens (Bundesgeschäftsführer), Johannisstr.2, Postfach 34, 1030 Berlin, Tel.: Berlin-Ost 280 51 76 (d), Berlin-West 862 18 08 (p)

Landesgeschäftsstelle Brandenburg:

c/o Frank Bier (Landesgeschäftsführer), Otto-Nuschke-Str.34, 1220 Eisenhüttenstadt, Tel: Weichendorf 422 (Naturschutzstation)

Landesgeschäftsstelle Sachsen:

c/o Annelies Eschke, Kaitzerstr.141, 8027 Dresden

Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt:

Dr. Uwe Wegener, Mozartstr.28, 3600 Halberstadt

Landesgeschäftsstelle Thüringen:

Rüdiger Sauerbrey, IGA-Erfurt-Halle 9, Cyriaksburg, 5030 Erfurt

Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-Vorpommern:

c/o Klaus Schlüter, Voßstr.41, 2754 Schwerin, Tel.: 864043

FACHVERBÄNDE UND -GESELLSCHAFTEN IM BNU:

Dendrologische Vereinigung im BNU:

Dr.Klaus-Dietrich Gandert, Harnischweg 7, 1170 Berlin

Fachverband Naturschutz im BNU:

Prof.Dr.Hugo Weinitschke, Block 669/1, 4090 Halle-Neustadt

Dr. Uwe Wegener, Mozartstr.28, 3600 Halberstadt

Fachverband Botanik im BNU:

Günther Hamel, Str.der Republik 9, 1241 Heinersdorf

Fachverband Mykologie im BNU:

Dr.Heinrich Dörfelt, Schwetschkestr.24, 4020 Halle

Entomologische Gesellschaft im BNU:

Dr.Jörg Gelbrecht, Erich-Weinert-Str.12, 1600 Königs-Wusterhausen

Arbeitskreis Weißstorch im BNU:

Dr.Christoph Kaatz, Storchenhof Loburg, Chausseestr.18, 3404 Loburg

Fachverband Geowissenschaften im BNU:

Karl Wächter, Willi-Wallstab-Str.35, 3150 Staßfurt

KONTAKTPERSONEN BEZIRKE DES GEBIETES DDR:**Berlin:**

Prof.Dr.Günther Natho, Bütower Str.12, 1147 Berlin

Hermann Behrens,Pfalzburger Str.51, 1000 Berlin 31, Te.: 862 18 08

Cottbus:

Dr. Klaus-Peter Schulze, Brunnenstr.3, 7572 Döbern

Dresden:

Prof.Dr.Horst Kurth, Heinrich-Cotta-Str.11, 8223 Tharandt, Tel.: Dresden 6247

Erfurt:

Dr.Eberhard Ladwig, Uhlandweg 17, 5700 Mühlhausen

Frankfurt/Oder:

Dr.Michael Weidlich, Glasbläserstr.17, 1220 Eisenhüttenstadt

Gera:

Karl-Heinz Slobodda, Thomas-Müntzer-Weg 2, 6502 Gera

Halle:

Dr.Peter Hentschel (Präs.BNU), Rosenburger Str.103, 4503 Dessau

Chemnitz:

Dr.Eberhard Knoth, Zeisigwaldstr.70, 9071 Chemnitz

Leipzig:

Dr.Berthold Legler, Stollstr.1, 7022 Leipzig

Magdeburg:

Prof.Dr.Giselher Schuschke, Erlenweg 2, 3090 Magdeburg

Potsdam:

Dr.Wolfgang Fischer, Hans-Sachs-Str.13, 1570 Potsdam

Rostock:

Prof.Dr.Albrecht Krummsdorf, A.-J.-Krusenstern-Str.20,2520 Rostock

Schwerin:

Klaus Schlüter, 2700 Schwerin

Suhl:

Karl-Heinz Rothamel, Maienluft 2, Postfach 11-24, 6081 Asbach-Schmalkalden

**AUF DEN NÄCHSTEN SEITEN:
ZUR ÖKOLOGISCHEN LAGE DER DDR.**

Sachstandsbericht auf Basis der Unterlagen des (ehem.) Runden Tisches. Entnommen dem "Grünstift", Heft 3/1990, S.10f.

„Bisherige Ergebnisse minimal

Zur ökologischen Lage

Die Investitionsaufwendungen für Maßnahmen des Umweltschutzes blieben hinter den objektiven Erfordernissen zurück. Der Anteil der Umweltinvestitionen am Bruttoinlandprodukt betrug 1988 etwa 0,4 Prozent. (Dagegen die Niederlande 1,34, die BRD 1,07, die USA 0,87, Frankreich 0,62 und Italien 0,55 Prozent.)

Entscheidungen, besonders zur Fortführung veralteter Produktionsprozesse, zur Steigerung des Braunkohleeinsatzes sowie zur nur unzureichenden Entwicklung und Produktion von Umweltschutztechnik, verschärfen die Umweltbelastungen besonders in den Bezirken Leipzig und Halle, im oberen Elbetal sowie im Raum Zittau-Görlitz und sind Ursache für die krisenhafte Entwicklung der Umweltbedingungen in diesen Gebieten.

Schwerpunktgebiete mit extremer Umweltbelastung sind vor allem die Braunkohlen- und Energiezentren der Bezirke Cottbus, Dresden, Halle und Leipzig, die Konzentrationen der Chemieindustrie im Bezirk Halle, die Industriezentren im oberen Elbetal, im Erzgebirgs-vorland und im Thüringer Becken.

Die gegenwärtigen Umweltbedingungen stellen sich wie folgt dar:

Verursacht durch einen jährlichen Ausstoß von 2,2 Millionen Tonnen **Schwefeldioxid** hat die DDR gegenwärtig die höchsten Belastungen aller europäischen Länder.

Die Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft waren überwiegend auf den Ersatz sowie den Neubau von Anlagen zur Staubbückhaltung konzentriert. Dennoch übersteigen die **Staubbelastungen** vor allem in Kreisen des Bezirkes Leipzig die zulässigen Grenzen. Der niedrige Effekt der Maßnahmen zur Staubbückhaltung ist darauf zurückzuführen, daß die Investitionen auf diesem Gebiet überwiegend auf den Ersatz verschlissener Anlagen gerichtet waren. Insgesamt wurden nur ca. 30 Prozent des tatsächlichen Bedarfs an Entstaubungsanlagen gedeckt.

Für die **Rauchgasentschwefelung** werden seit 1986 Investitionsaufwendungen getätigt. Die bisher dadurch erreichten Ergebnisse sind minimal, da der überwiegende Teil der leistungsfähigen Anlagen bisher noch nicht oder nur ungenügend verfügbar ist.

Seit 1980 wurde die **Abwasserbehandlung** um 8 Prozent erweitert. 2,1 Mrd. m³, das sind 19 Prozent des mittleren verfügbaren Wasserdargebotes, sind wegen ihrer hohen Verschmutzung als Bewässerungswasser und für die Trinkwasseraufbereitung nicht nutzbar und erfordern für den Brauchwasserersatz sehr hohe Aufwendungen.



Gegenwärtig werden in der Industrie 67 Prozent des zu reinigenden Abwassers in Abwasserbehandlungsanlagen gereinigt. Die Reinigungsleistungen der industriellen Kläranlagen sind unzureichend. Im Kommunalbereich werden 85 Prozent der anfallenden Abwässer behandelt. 14 Prozent des in die Gewässer eingeleiteten Abwassers sind ungereinigt. Zur Sicherung des Wohnungsbaus wurden die Klärkapazitäten der kommunalen Abwasserbehandlung um 23 Prozent erhöht. Trotz dieser Steigerung wurde die Abwasserbehandlung nicht in gleichem Maße entwickelt wie der Wohnungsbau.

Die ständige Erweiterung der Braunkohlenförderung sowie die Entwicklung des Wohnungsbaus auf neu erschlossenen Standorten führte zu einem **Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche**. Die Wiederurbarmachungsleistungen der Rückgabeflächen blieben quantitativ und qualitativ immer weiter hinter dem Flächenentzug und den Ansprüchen an die Nutzbarkeit des Bodens zurück.

Wachsende Umweltbelastungen resultieren aus der hochentwickelten **Agrarproduktion**. Wachsende Versorgungsanforderungen, die mit abnehmendem Bodenfonds und bei ertragsmindernden Luftbelastungen zu erfüllen sind, zwingen zur fortlaufenden Produktionssteigerung, für die zunehmend Agrochemikalien und schwere Bearbeitungstechnik eingesetzt sowie aufwendige Regulierungen des Bodenwasserhaushaltes durchgeführt wurden. Die Folge sind Nährstoff- und Pestizidbelastungen in das Grund- und Oberflächenwasser sowie wachsende Bodenerosionen und -verdichtungen. Von den **Massentierhaltungen** gehen zusätzliche Belastungen der Gewässer und der Luft aus. Die in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft für Umweltschutz eingesetzten Inve-

stitutionen von insgesamt 811 Millionen Mark im Zeitraum 1980 bis 1988 erwiesen sich angesichts des Belastungsumfanges als zu gering.

Die Investitionsmaßnahmen zur **Abfallbeseitigung** wurden zu 87 Prozent auf die Schaffung bzw. Erweiterung von Kapazitäten für die schadlose Beseitigung industrieller Abprodukte gerichtet. Sie dienen damit der Sicherung der Produktionsdurchführung, vor allem in der Energiewirtschaft, in der chemischen Industrie und im Bergbau.

Die **Strahlenbelastungen aus den Kernanlagen** liegen weit unterhalb des Schwankungsbereiches der natürlichen Strahlenbelastung in der DDR, die damit keine Gesundheitsgefährdung darstellen. Die Beseitigung schwach- und mittelaktiver radioaktiver Abfälle erfolgt in einem internationalen Anforderungen entsprechenden unterirdischen Endlager. Für hochradioaktive Abfälle ist eine ausreichende Zwischenlagerkapazität vorhanden.

Belastungen der Luft

12 Prozent des Primärenergieverbrauchs werden durch Erdöl und 10 Prozent durch Erdgas gedeckt (83 Prozent der Elektroenergie werden aus Braunkohle erzeugt).

Die DDR hat mit 233 Cj/ Einwohner nach Kanada und den USA den in der Welt höchsten Bruttoinlandsverbrauch an Energie. Bei der **Schwefeldioxidemission** pro Flächeneinheit rangiert die DDR an erster Stelle in Europa. Die Hauptverursacher der hohen **SO₂-** und **Staubemissionen** in der Industrie sind mit 58 Prozent **SO₂** und 41 Prozent Staub der Bereich Kohle und Energie, mit je 12 Prozent **SO₂** und Staub der Bereich der Chemie.

Die Kreise mit den höchsten **SO₂-Emissionen** sind: Borna,

Calau, Merseburg, Görlitz, Weißwasser, Gräfenhainichen, Cottbus, Spremberg, Bitterfeld und Hohenmölsen. Sie emittieren rund 53 Prozent der DDR-Gesamtemission.

Die höchsten Staubemissionen entstehen in den Kreisen: Spremberg, Borna, Merseburg, Senftenberg, Calau, Görlitz, Gräfenhainichen, Bernburg, Bitterfeld und Weißwasser. Sie emittieren rund 40 Prozent der DDR-Gesamtemission. Aufgrund des Protokolls zur **Konvention über weitreichende grenzüberschreitende Luftverunreinigungen** vom 9.7.1985 haben die Länder die Verpflichtung übernommen, bis 1993 die jährliche **SO₂-Emission** bzw. die grenzüberschreitenden Schadstoffströme im Vergleich zu 1980 um 30 Prozent zu reduzieren.

Zur Durchführung dieser Verpflichtung wurden entsprechende Beschlüsse zur Beschleunigung der Rauchgasentschwefelung mit einem Aufwand von etwa 14,4 Mrd. Mark angenommen. Ihre Durchführung scheiterte an der fehlenden materiellen und finanziellen Einordnung und auch am fehlenden wissenschaftlich-technischen Vorlauf. Hiervon ausgehend wurde das o.g. Protokoll zur Konvention durch die DDR bisher nicht ratifiziert. Als Hauptemission für die Senkung der Schwefeldioxidbelastung erwies sich das starre Festhalten an einem **Energiekonzept**, das auf eine ständige Steigerung der Rohbraunkohlenförderung und -verarbeitung ohne Modernisierung der Kraftwerke, ohne Umstellung des Kraftwerksanlagenbaues auf neue Kraftwerksanlagen, die den ökologischen Erfordernissen entsprechen, gerichtet war.

Mit einem Ausstoß von 2,2 Millionen Jahrestonnen Staub hat die DDR eine Belastung von 0,14 t je Einwohner und von 20 t je km² Fläche.

Die Emissionsdichte ist in Berlin mit 74 t, Cottbus mit 58 t/km², Halle mit 54 und Leipzig

mit 48 am höchsten. In Schwerein und Neubrandenburg beträgt sie demgegenüber 4 und in Rostock und Potsdam 5 t/km².

Rund 10 Prozent der vorhandenen Dampferzeuger produzieren ohne **Entstaubungsanlagen**. Eine Vielzahl von Energie- und Produktionsanlagen verfügt über z.T. stark verschlissene und unzureichend leistungsfähige Entstaubungsanlagen.

Der Bedarf zur Rekonstruktion verschlissener Entstaubungsanlagen wird vom bilanzierenden Organ, dem VEB Entstaubungsanlagen- und Industrieanlagenbau, mit über 5 Mrd. Mark eingeschätzt.

In der DDR werden 408,2 kt **Stickoxide** aus stationären Quellen emittiert. Davon werden 296,3 kt (72,6 Prozent) durch Energieerzeugungsanlagen, 71,0 kt (17,4 Prozent) durch Produktionsanlagen, 10,6 kt (2,6 Prozent) durch Hausbrand und Kleinverbraucher sowie 30,2 kt (7,4 Prozent) durch sonstige Betriebe mit luftverunreinigenden Anlagen verursacht.

Aus mobilen Quellen (Verkehrswesen) wurden 1988 ca. 300 kt emittiert. Die Emissionsdichte beträgt 6,6 t NO_x/km² bzw. 0,04 t NO_x pro Einwohner. Seit Beginn der 80er Jahre wurde eine Senkung des Ausstoßes von Stickoxiden im Verkehrswesen erreicht.

Im Jahre 1988 wurden einschließlich der Verkehrsemissionen ca. 345 kt **Kohlenwasserstoffe** emittiert, darunter 1,14 kt Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). 1986 betrug die Produktion an FCKW 16 kt, der Verbrauch in der DDR 17 kt. Der Anteil der DDR an der FCKW-Menge beträgt im Weltmaßstab nur ca. 1 Prozent.

Der **Grenzwert für die menschliche Gesundheit** liegt für **SO₂** bei 150 µg/m³ (als Jahresmittel der Langzeitbelastung). Die Immissionsbelastung mit **SO₂** ist für 21,0 Prozent der

Bürger der DDR als „überlastet“, für 12,8 Prozent als „stark überlastet“ und für 3,6 Prozent als „sehr stark überlastet“ einzustufen und die Immissionsbelastung mit Staub für 16,5 Prozent der Bürger als „überlastet“, 8,0 Prozent als „stark überlastet“ und 2,1 Prozent als „sehr stark überlastet“.

Akute Auswirkungen auf die Gesundheit treten nach internationalen Erkenntnissen und nationalen Untersuchungen ab $600 \mu\text{g}/\text{m}^3 \text{SO}_2$ auf, bei denen durch das **Smogwarnsystem** Maßnahmen zur Minderung der Belastung und für ein entsprechendes Verhalten der Bürger getroffen werden.

Hohe Belastungen durch Schwefelkohlenstoff, Schwefelwasserstoff u.a. geruchsintensive Schwelgase mit mehrfachen Grenzwertüberschreitungen (z.T. bis zu 20facher Überschreitung) treten an den Standorten der Karbo-Chemie (Dorna/Espenhain, Lauchhammer, Deuben, Rositz) und in der Viskose-/Kunstseidenproduktion (Wolfen, Plauen, Pirna, Wittenberge) auf.

Gewässerbelastung

Die derzeit vorliegende Beschaffenheit der Hauptwasserläufe ist dadurch gekennzeichnet, daß von den klassifizierten Flußabschnitten nur 20 Prozent der Wasserläufe für **Trinkwassergewinnung** mit normalen Aufbereitungstechnologien nutzbar sind, 35 Prozent mit komplizierten, ökonomisch sehr aufwendigen Technologien aufbereitbar sind und 45 Prozent für die Trinkwassergewinnung nicht mehr nutzbar sind. Diese Flußabschnitte erfüllen in einigen Fällen auch nicht die Nutzungsanforderungen für Brauch- und Bewässerungswasser.

Die 6.471 Wasserwerke verfügen über eine Kapazität von $8.682.000 \text{ m}^3/\text{Tag}$. Damit ist weitgehend die Trinkwasserversorgung für 93,1 Prozent der aus zentralen Trinkwasserversorgungsanlagen versorgten Bürger möglich. Der Trinkwasserverbrauch der zentral versorgten Einwohner erhöhte sich von 114 Liter im Jahre 1975 auf 128 Liter im Jahre 1980 sowie von 132 Liter im Jahre 1985 auf 138 Liter pro Kopf und Tag im Jahre 1988. Von der Überschreitung des zulässigen **Nitratgehaltes** von 40 mg/l im Trinkwasser waren etwa 1,2 Millionen zentral mit Trinkwasser versorgte Einwohner sowie weitere 500.000 Einwohner aus Eigenwasserversorgung betroffen.

Schutz des Bodens

Der jährliche **Flächenentzug** beträgt immer noch 16 bis 20 Tha landwirtschaftliche Nutzfläche und ca. 3 Tha forstwirtschaftliche Nutzfläche. Verursacher sind vor allem Berg-

bau/Energie (ca. 10 Prozent) und Wohnungsbau (ca. 4 Prozent) aber auch die Landwirtschaft (ca. 3 Prozent) selbst. Der Hauptanteil des Nutzflächenentzugs resultiert mit ca. 55 Prozent aus der Umstufung von Flächen in Ödland.

Maßnahmen zur **Bodenwasserregulierung** wurden bisher für eine Vorteilsfläche von 1.139 Tha Bewässerungsanlagen und für 2.330 Tha Entwässerungsanlagen durchgeführt. Durch punktuelle Auswaschungen bei Mineraldüngern und organischen Düngern (Stickstoff) sowie durch Verluste bei Transport-, Umschlag- und Lagerungsprozessen treten Nährstoffverluste im Werte von ca. 40 Mio M/Jahr auf. Diese Verluste stellen eine akute Gefahr für das Oberflächen- und Grundwasser dar.

Von den Landwirtschaftsbetrieben kaum beeinflussbare Umweltprobleme resultieren daraus, daß in der DDR **Agrochemikalien** eingesetzt werden müssen, die keinesfalls dem Weltstand hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit entsprechen. So müssen z.B. bei dem Voraussaatherbizid Bi 3411 derzeit $18-27 \text{ kg/ha}$ Wirkstoff eingesetzt werden. International sind hier Wirkstoffmengen von $125-250 \text{ g/ha}$ üblich. Darüber hinaus gestattet die im Einsatz befindliche Applikationstechnik kaum ein umweltschutzgerechtes Arbeiten beim Ausbringen von Agrochemikalien, einschließlich der Agrarflugtechnik. Abdrift und ungewollte Mitbehandlung anderer landwirtschaftlicher und gärtnerischer Kulturen sowie von Waldbeständen und Gewässern sind häufig die Folge.

Natur- und Landschaftsschutz

Die Naturschutzkonzeption der DDR ist veraltet und genügt nicht den Anforderungen, so daß trotz vielfältiger Bemühungen und einiger Einzelerfolge eine umfassende Krise der Landschaft und ein Aussterben einiger Pflanzen- und Tierarten nicht verhindert werden konnte.

Die Zahl der vom Aussterben bedrohten Tierarten erhöhte sich von 1970 bis 1985 von 203 auf 296, die Zahl der gefährdeten Tierarten von 347 auf 619.

Bei den Gefäßpflanzen stieg die Zahl der vom Aussterben bedrohten Pflanzen im genannten Zeitraum von 103 auf 166.

Industrielle Abprodukte und Sekundärrohstoffe

Im Jahr 1988 fielen $91,3 \text{ Mio t}$ fester industrieller Abprodukte und Sekundärrohstoffe an. Davon wurden $36,4 \text{ Mio t}$ verwertet. Das entspricht einem Ver-

wertungsgrad von 39,9 Prozent. Die verbleibenden $54,9 \text{ Mio t}$ ($60,1 \text{ Prozent}$) wurden nicht in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückgeführt, sondern direkt oder über Zwischenstufen in die Umwelt abgegeben.

TAB 10

Nicht enthalten in den Anfall- und Verwertungsgrößen sind gasförmige Emissionen, Abraum, Siedlungsabfälle und im Kreislauf der Landwirtschaft anfallende und verwertete Abprodukte sowie radioaktive Abfälle und Abwässer. Einbezogene sind in Abwässern enthaltene Feststoffe und Schlämme.

Im Jahre 1988 wurden auf berichtspflichtigen Anlagen (**147 Deponien**, 19 Verbrennungsanlagen und 11 Entgiftungsanlagen) sowie auf 16 Brandplätzen $1.139,1 \text{ kt}$ toxische und schadstoffhaltige Abprodukte beseitigt.

Im Jahre 1988 wurden in den berichtspflichtigen Anlagen durch die Umwelt- und Hygieneinspektionen sowie weitere staatliche **Kontrollorgane** 640 Kontrollen und 283 Komplexkontrollen zur Einhaltung der Ordnung, Sicherheit und Gesundheitlichkeit durchgeführt. Im Ergebnis der im Jahre 1988 durchgeführten Kontrollen auf berichtspflichtigen Anlagen wurde festgestellt, daß auf der Mehrzahl der Deponien Ordnung und Sicherheit sowie die Durchsetzung der Gesundheitlichkeit nicht gewährleistet waren. Dies betrifft insbesondere Beinträchtigungen des Grund- und Oberflächenwassers durch fehlende Deponiebasisabdichtungen und -Sickerwasserfassungen, unzureichende Eigenkontrolle durch die Betreiber, mangelhafte Eingangskontrolle bei der Anlieferung der Abprodukte und unzureichende materiell-technische Ausrüstungen, z.B. Planierraupen und Analysentechnik.

Nach Angaben der Räte der Bezirke wird bis 1995 die Kapazität von etwa 40 Schadstoffdeponien erschöpft sein. Zur Sicherung der notwendigen **Deponiekapazität** sind in den nächsten Jahren in fast allen Bezirken größere Investitionen erforderlich.

Zur thermischen Behandlung stehen in der DDR zur Zeit 43 geschlossene Anlagen zur Verfügung. Davon waren 19 Anlagen 1988 berichtspflichtig. Die berichtspflichtigen Anlagen sind im wesentlichen verschlissen und entsprechen nicht dem technischen Weltstand. Bis 1995 ist die Inbetriebnahme von 13 Rückstandsverbrennungsanlagen geplant.

Erste Untersuchungen in den Territorien ergaben, daß es in der DDR ca. 3.000 **Altlastenstandorte** gibt. Die Verwertung von Hausmüll beschränkt sich auf die getrennte Erfassung von Futtermitteln, die Müllverbrennung und die Herstellung

von Rohkompost bzw. Kompost. Insgesamt fielen im Jahre 1988 in der DDR 3.530 kt feste Siedlungsabfälle an, davon 2.190 kt Hausmüll.

Umweltbedingungen und Gesundheitszustand

Es bestehen **420 Ausnahmegenehmigungen** für die Überschreitung der maximalen Arbeitsplatzkonzentration für chemische Schadstoffe und nichttoxische Stäube für insgesamt 54.000 Werktätige. Die Zahl der erteilten Ausnahmegenehmigungen ist rückläufig und seit 1976 sanken die jährlich anerkannten **Berufskrankheiten** von 12.320 auf 5.270 Fälle im Jahr 1988. Trotz zum Teilsinkender Kinderpopulation ist die Zahl der respiratorischen (Atemwegs- d. Red.) Erkrankungen von 1974 (100 Prozent) auf 211 Prozent (1989) in bestimmten lufthygienisch hochbelasteten Territorien kontinuierlich gestiegen. Während früher jedes vierte bis fünfte Kind erkrankte, trifft dies heute auf jedes zweite Kind zu.

Die Auswertung von Patientendokumentationen ergab, daß die **Zahl der an Bronchitis erkrankten Kinder** in den letzten 15 Jahren um ca. 50 Prozent angestiegen ist, bei den obstruktiven chronischen Bronchitiden der Kinder liegt der Anstieg sogar bei ca. 75 Prozent .

Saisonunabhängig tritt z.B. im Raum Pirna ein Symptomenkomplex auf, der durch Abgeschlagenheit, schwache Gliederschmerzen, vasomotorische Kopfschmerzen, schlechte Erholungsfähigkeit, Schwindel, Müdigkeit und Lustlosigkeit gekennzeichnet ist, das sogenannte **Pirna-Syndrom**. Dieser Systemkomplex wird mit den hohen Schwefelkohlenstoff- und Schwefelwasserstoffkonzentrationen in dem Territorium durch die Viskoseproduktion in Verbindung gebracht.

Ausgehend von den Untersuchungen der Schulkinder aus lufthygienisch belasteten Territorien wurde die Schlußfolgerung gezogen, grundsätzlich ein System von „**Schulen im Grünen**“ einzuführen. Dabei werden Kinderkollektive der 2. bis 4. Schulklassen aus belasteten Territorien jährlich einmal zu einem 14-tägigen Aufenthalt in Reinluftgebiete verschickt und dort wird der Unterricht in einem veränderten Tagesablauf durchgeführt. Dazu wurden bereits konkrete Festlegungen mit dem Ministerium für Bildung und dem Amt für Jugend und Sport getroffen.

Sofortmaßnahmen

Es wurden Regierungskommissionen zur kurzfristigen Ausarbeitung von Entscheidungsvorschlägen für die Sen-

kung der Umweltbelastungen in folgenden Betrieben gebildet:

- **Espenhain, Böhlen, Deuben, Rositz und Webau** (Anlagen der Braunkohlenverschmelzung und Weiterverarbeitung der Schwelprodukte mit hohen Belastungen durch Staub, Schwefeldioxid, giftige und krebserregende sowie geruchsintensive Stoffe),

- **VEB Seidenwerke in Pirna** (hohe Belastung mit giftigen und geruchsintensiven Abgasen der Produktion von Viskosecardseide),

- **VEB Chemische Werke Buna** (extrem hohe Staubbildung der umliegenden Wohngebiete durch die Carbidöfen, Chlorgas aus Produktionsanlagen sowie hohe Gewässerbelastungen der Saale mit Quecksilber, Tensiden und Cyaniden und organischen Stoffen),

- **Ferroliegungswerke in Lippendorf, Hirschfelde, Lauchhammer** (extreme Staub- und Gasbelastung durch fehlende Filteranlagen),

- **VEB Edeltahlwerk Freital** (hohe Belastung mit metallischen Stäuben, Schwermetallen und Halogenen durch die Plasma- und Elektroöfen),

- **Kraftwerke des VEB Kalibetrieb Werra** (hohe Belastung mit Staub und Schwefeldioxid),
- **Kupferhütte Ilseburg**, Kupfer- und Silberhütte **Hettstedt** (hohe Belastung mit Schwefeldioxid und Schwermetallen),

- **VEB Leuna-Werke** (hohe Staubbildung durch Kraftwerk und hohe Gewässerbelastung der Saale mit Schwefelwasserstoff und Stickstoff sowie organischen Stoffen),

- **Chemiekombinat Bitterfeld** und Fotochemisches Kombinat **Wolfen** (hohe Luftbelastung durch Kraftwerk, Viskose- und Salpetersäureproduktion und hohe Gewässerbelastung der Mulde und damit die Elbe mit Schwermetallen, chlororganischen und schwer abbaubaren organischen Stoffen),

- **Hydrierwerk Zeitz** und **DHW Rodleben** (hohe Gewässerbelastung der Weißen Elster und Elbe mit Phenolen, Fetten und anderen organischen Stoffen und Anfall von weiteren verbrennbaren Abprodukten),
- **Kaliwerk Roßleben** (hohe Luftbelastung mit Waldsterben durch Brüden aus Trocknungsprozessen).

Die Regierungskommissionen werden durch Stellvertreter des Ministers für Schwerindustrie geleitet. In ihnen arbeiten Mitglieder des Wirtschaftskomitees, Vertreter örtlicher und gesellschaftlicher Organe sowie Kontrollorgane, das Ministerium für Gesundheits- und Sozialwesen sowie das Ministerium für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft mit.

Die Regierungskommissionen haben zu gewährleisten, daß die Forderungen, Hinweise und Kritiken der Bürgerinitiativen sowie kirchlicher Kreise berücksichtigt werden. □

Anlage 1: Schreiben BNU-Präsident Dr. Peter Hentschel an Mitglieder und Fachgruppen

Bund für Natur und Umwelt

BNU

BNU · Johannisstraße 2 · PF 34 · 1030 Berlin

Bundesgeschäftsstelle:

Johannisstraße 2
PF 34 · 1030 Berlin

2805176-20

Bankverbindung:

Postscheckkonto Berlin 7199-52-106 189

Bundesgeschäftsführer:

Hermann Behrens

Betr.:

Bitte bei Antwort angeben:

11.9.1990

AN DIE MITGLIEDER DES BUNDES FÜR NATUR UND UMWELT BEIM KULTURBUND E.V.

Die tiefgreifenden Wandlungen unserer Gesellschaft haben uns alle gleichermaßen mit Hoffnung erfüllt und vor neue Aufgaben gestellt. Das trifft ganz besonders für unser langjähriges Engagement für die Erhaltung und Sanierung unserer vielfältig geschundenen, natürlichen Umwelt zu. Die Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels stellt uns dabei fast täglich vor neue vor neue Erkenntnisse und Entscheidungen. Daran scheiterten bisher auch meine mehrfachen Versuche einer orientierenden Empfehlung an Sie.

Der Koordinierende Rat des BNU hat mich auf seiner Sitzung am 30.8.1990 beauftragt, gemeinsam mit dem neuen Geschäftsführer des BNU einen Brief an alle Mitglieder des BNU zu verfassen, in dem über die gegenwärtige Situation des Kulturbundes e.V. und des BNU informiert wird und Entscheidungsmöglichkeiten für den BNU aufgezeigt werden. Die Mitglieder des Koordinierenden Rates des BNU sind sich in der Beratung darüber einig geworden, daß es in erster Linie darauf ankommt,

- * daß bei der gewaltigen Fülle der vor uns stehenden Aufgaben (Mitwirkung bei der Ländergesetzgebung im Umwelt- und Naturschutz, bei Landschaftsplanungen, Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung u.a.) möglichst alle naturkundlich und umweltbezogen arbeitenden Mitglieder in ihren gewachsenen Basisgruppen (Orts-, Fach-, Interessengruppen, Arbeits- und Freundeskreise u.a.) und gewählten Leitungen zusammenarbeiten, um eine Zersplitterung der Umweltgruppen zu vermeiden,

Bundesvorstand:

Präsident: Dr. Peter Hentschel
Vizepräsidenten: Prof. Dr. Albrecht Krummsdorf
Prof. Dr. Horst Kurth
Dr. Michael Weidlich

Landesverbände: Brandenburg: Glasbläserstr. 17, 1220 Eisenhüttenstadt
Mecklenburg-Vorpommern: Cölpiner Str. 6, 2000 Neubrandenburg
Sachsen: Heinrich-Cotta-Str. 11, 8223 Tharandt
Sachsen-Anhalt: Erlenweg 2, 3090 Magdeburg
Thüringen: IGA - Erfurt - Halle 9, Cyriaksburg, 5030 Erfurt
Berlin: Johannisstr. 2, PF 34, 1030 Berlin

* daß die Mitglieder und Basisgruppen in eigener Entscheidung über ihre zukünftige Organisationsform auf der Grundlage des Kennenlernens von Statuten, Programmen und Arbeitsweisen anderer Organisationen befinden. Denn es ist eine grundsätzlich neue Situation in den letzten Wochen durch den weitgehenden Wegfall der staatlichen Subventionen für den Kulturbund e.V. und damit auch für den BNU entstanden. Damit ist die flächendeckende Organisationsstruktur des KB e.V., auf die sich der BNU bisher stützen konnte, entfallen. Personelle Betreuungsleistungen und finanzielle Unterstützung sind für 1990 stark reduziert, ab 1991 wahrscheinlich nur noch in sehr geringem Umfang möglich. Daraus folgt, daß unser Verhältnis zum KB e.V. neu zu überdenken ist. Bis Jahresende 1990 sind alle BNU-Gruppen berechtigt, noch vorhandene KB-Einrichtungen und -leistungen kostenlos zu nutzen, wenn die Beiträge ordnungsgemäß entrichtet wurden. Im anderen Falle sollten die BNU-Basisgruppen und -leitungen die Nutzung von KB-Einrichtungen und -leistungen vertraglich regeln.

Alle Landesverbände des BNU haben bereits ihren Status als "e.V." beantragt bzw. zuerkannt bekommen. Der BNU insgesamt hat ebenfalls die Anerkennung als "e.V." aus Gründen der Rechtssicherheit beantragt.

Mit der Auflösung der meisten Kreissekretariate des KB e.V. besteht die Gefahr des totalen Verlustes der jahrzehntelang dokumentierten Arbeitsergebnisse und Veranstaltungen zum Natur- und Umweltschutz der Kreisorganisationen und Basisgruppen. Diese Unterlagen sowie wertvolle Sammlungen aus der Zeit der Natur- und Heimatfreunde, der BNU und des BNU sind für die zukünftige naturkundliche und heimatbezogene Arbeit so bedeutsam, daß sie in geeigneter Form aufbewahrt und gerettet werden müssen.

Eine besondere Rolle für die Existenz des BNU spielt das Werben der beiden großen Umweltorganisationen Westdeutschlands um Mitglieder des BNU. Mit beiden, miteinander oft konkurrierenden Organisationen möchte der BNU eng zusammenarbeiten und erreichen, daß sich Mitglieder der Basisgruppen und Leitungen des BNU und des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands (BUND) und des Naturschutzbundes Deutschlands (NSBD) näher kennenlernen. Auf einer Voll- oder Delegiertenversammlung könnten dann spätestens bis Jahresende 1990 die Mitglieder frei entscheiden, ob sie als selbständige BNU-Gruppe oder als Teil des BUND oder des NSBD weiterexistieren möchten.

Die überwiegende Zahl der Landesvertreter im Koordinierenden Rat des BNU ist der Überzeugung, daß der BUND mit seinem umfassenden umweltpolitischen Aufgabenfeld mit dem BNU-Programm und -Profil weitgehend übereinstimmt, so daß ein Zusammenwachsen des BNU mit dieser Organisation nach dem Beispiel des BNU-Landesverbandes Brandenburg anzustreben wäre. Aus der Situation in den Landesverbänden wird aber auch deutlich, daß der NSBD vor allem für solche Mitglieder des BNU große Anziehungskraft besitzt, die sich bewußt und vorrangig auf spezielle Aufgaben des Naturschutzes konzentrieren wollen und sich in erster Linie der naturkundlichen Heimatforschung verschrieben haben.

Wir wären für eine sehr enge Zusammenarbeit aller drei Umweltorganisationen, wobei eine Eigenständigkeit des BNU längerfristig mit Anstrengungen möglich sein würde bzw. in Form des Weges, den der Landesverband Brandenburg gewählt hat, möglich ist.

Die Entscheidung für eine der drei Möglichkeiten liegt allein bei jedem einzelnen Mitglied des BNU. Dabei sollte bedacht werden, daß sich möglichst ganze Basisgruppen oder Fachverbände geschlossen für eine der Möglichkeiten entscheiden, um weiterhin arbeitsfähig, stabil, sachkompetent und damit umweltpolitisch wirksam zu bleiben.

Der Koordinierende Rat des BNU wird in der Übergangszeit weiterhin die Rolle des informierenden und koordinierenden Beratungsgremiums für alle Landesverbände und Fachverbände des BNU wahrnehmen und die Kontakte zu anderen nationalen und internationalen Umweltorganisationen pflegen.

Ich selbst fühle mich verpflichtet, das Mögliche zu tun, um für alle die aus der ersten Umweltorganisation der DDR hervorgegangenen und unter den schwierigen Bedingungen der vergangenen Jahrzehnte gewachsenen Mitglieder und Gruppen mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen.

Ich wünsche Ihnen ein gutes Gelingen unseres gemeinsamen Anliegens zur Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt,

Ihr



(Dr. Peter Hentschel, Präsident des BNU)

Anlage 2:

Protokoll der Zusammenkunft zwischen Vertretern des Vorstands des BUND der Bundesrepublik und dem Präsidium des BNU am 30.8.1990 in Berlin

Teilnehmer/innen:

Hubert Weinzierl	(1.Vors.BUND)
Lutz Ribbe	(stellv.GF des BUND)
Stefan Bundscherer	(Mitarbeiter im Ost/West/Kontaktbüro Berlin(West) des BUND)
Beate Seitz-Weinzierl	(Theologin,BUND)
Dr.Peter Hentschel	(Präs.BNU)
Prof.Dr.Horst Kurth	(Vizepräs.BNU)
Prof.Dr.Albert Krummsdorf	(Vizepräs.BNU)
Dr.Klaus-Dietrich Gandert	(BNU, Dendrol.Vereinig.)
Hermann Behrens	(BundesGF BNU)
Prof.Dr.Giselher Schuschke	(Vizepräs.Kulturbund e.V.)
Herr Grübler	(BNU Sachsen)
Klaus Schlüter	(BNU Mecklenburg-Vorpommern)

zeitweise: Frau Erler, Herr Hamsch (BNU-Geschäftsstelle)

Dieses Gespräch diente insbesondere dazu, Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Unterstützung zu klären, um die Arbeit unserer Mitglieder informell und materiell zu unterstützen. Zum BUND bestanden schon vor der Wende zahlreiche Beziehungen.

Dr.Peter Hentschel stellte einleitend die Mitgliederstruktur und bisherige Arbeitsweise des BNU vor und sprach sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen BNU und BUND aus. Dabei sollte das Ziel verfolgt werden, die gewachsenen Gruppen und ihre Arbeitsweisen auch in neuen organisatorischen Strukturen zu erhalten.

Hubert Weinzierl stellte ebenfalls seine Organisation vor. Der BUND hat sich dem Ziel der ganzheitlichen Umweltpolitik verpflichtet und versteht sich als Anwalt der Natur. Er vereinigt in etwa 1.800 Orts- und Kreisgruppen und 11 Landesverbänden über 210.000 Mitglieder. Die Finanzierung des Etats geschieht durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Direkte staatliche Mittel werden abgelehnt, weil dies, so Weinzierl, die Unabhängigkeit des BUND gefährde. Lutz Ribbe führte weiter aus, daß der BUND fachlich 24 Bundesarbeitskreise vereinigt, z.B. Arten- und Biotopschutz, Landwirtschaft, Altlasten, Umweltrecht, Chemiepolitik usw..

Im Gegensatz zum Deutschen Bund für Vogelschutz/ Naturschutzbund hat sich der BUND nach der Wende bisher in seiner Tätigkeit auf dem Gebiet der DDR sehr zurückgehalten. Den Worten vom Vorsitzenden Hubert Weinzierl zufolge ist dies darauf zurückzuführen, daß der BUND-Vorstand sich darauf verständigt hatte, daß seine Verbandsarbeit in der DDR nur von unten wachsen könnte und nicht von oben gewissermaßen exportiert werden soll. Das sei seit Gründung ein allgemein gültiges Handlungsprinzip des BUND, da das Engagement für Natur und Umwelt vor Ort entstehe und nicht verordnet werden könnte. In diesem Sinne sei der BUND basisdemokratisch ausgerichtet. Daher lag der Schwerpunkt des Engagements des BUND Westdeutschlands bisher in der Unterstützung von Orts- und Kreisgruppen, aber auch Landesverbänden des BUND, die sich aus eigenem Antrieb, "von unten" her, in der DDR bildeten. Der BUND will die eigenständige Entwicklung der Umweltschutzgruppen in der DDR, die sich unter sein Dach stellen wollen, dadurch fördern, daß er dort seine materiellen und informellen Möglichkeiten zur Verfügung stellt.

Darüberhinaus betonte Hubert Weinzierl, daß sich der BUND als ein "Haus mit vielen Zimmern" verstehe und eine enge Zusammenarbeit zwischen BUND und BNU bis hin zur Vereinigung beider Verbände nur begrüßen könne, wenn dies von den Mitgliedern gewünscht werde. Er könne sich aber auch noch breitere Zusammenschlüsse vorstellen, zumal in Zukunft ein vereintes Handeln der Organisationen des Natur- und Umweltschutzes erforderlich sei, um die auf die Natur zukommenden Probleme auch nur annähernd zu bewältigen. Der Erhalt unserer Umwelt bedürfe eines außerordentlich hohen und breit angelegten umweltpolitischen Engagements. Dabei spielen engagierte Verbände eine entscheidende Rolle.

Die BUND-Vertreter sprachen sich dafür aus, daß aus umweltpolitischen Gründen bis Oktober auf Landesebene anerkannte Natur- und Umweltschutzverbände gegründet werden, die möglichst breite Kreise engagierter Natur- und Umweltschützer und -schützerinnen vereinigen sollten. Der BUND bietet diesen Verbänden an, als ihr Dachverband aufzutreten.

Hubert Weinzierl und Lutz Ribbe unterbreiteten in diesem Zusammenhang das *Angebot*, durch den BUND die *Einrichtung und Ausstattung von fünf Landesgeschäftsstellen* mitzufinanzieren und sein "know how" der Verbandsarbeit einzubringen, d.h. die Natur- und Umweltschutzgruppen und -landesverbände in ihrer fachlichen Arbeit zu unterstützen, bei der Mittelbeschaffung zu beraten, sowie die Öffentlichkeitsarbeit inhaltlich und organisatorisch zu unterstützen. Darüberhinaus wäre der BUND bereit, für die Gruppen und Verbände, die sich unter sein Dach stellen wollen, die Mitgliederverwaltung zu übernehmen und die Mitglieder der Landesverbände kostenlos mit der BUND-Zeitschrift "Natur und Umwelt", die ab der Ausgabe 1/91 mit einem Teil für die ostdeutschen Länder ausgestattet ist, zu versorgen. Die Bedingung, die der BUND sieht, ist inhaltlicher Art. Die satzungsgemäßen Ziele der *Landesverbände*, die sich unter das Dach des BUND jetzt oder in absehbarer Zukunft stellen wollen und die ansonsten *eigenständig* mit eigenen Satzungen arbeiten, können nicht den satzungsgemäßen Zielen des BUND-Dachverbandes zuwiderlaufen. Der BUND verfolgt dabei vorrangig folgende Grundsätze:

- Die Integration von Natur- und Umweltschutz in einem Verband,
- ein umfassendes und ganzheitliches Verständnis von Natur- und Umweltschutz,
- Engagement im gesamten umweltpolitischen Themenspektrum,
- strikte parteipolitische Unabhängigkeit,
- Vermeidung von Interessenkollisionen durch den Verzicht auf Doppelfunktionen in BUND-Entscheidungsgremien und Parteiführungen, Parlamenten, Verwaltungsspitzen, Unternehmensleitungen usw.,
- flächendeckende Vertretung durch eigenständig arbeitende und nur durch die Satzung des Verbandes gebundene Orts- und Krisgruppen,
- demokratische Grundstruktur des Verbandes,
- weitgehende Öffentlichkeit des Verbandshandelns,
- überwiegend ehrenamtliches Engagement,
- Finanzierung der Arbeit aus unabhängigen Einnahmequellen, insbesondere durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und selbsterwirtschafteten Einnahmen,
- Sicherstellung einer Grundfinanzierung möglichst aller Basisgruppen auf den verschiedenen Ebenen,
- Unterstützung und Gewährleistung einer eigenständigen Jugendarbeit für Mitglieder unter 25 Jahren,
- Kooperation mit anderen Gruppen und Verbänden, wo dies sinnvoll ist.

Wie das Beispiel des BNU Brandenburg zeigt, der die Anerkennung als BUND-Landesverband beantragt hat, spielen in der derzeitigen Situation Namen keine Rolle bei der Zusammenarbeit BNU-BUND. In jedem Bundesland müßten die an der Gründung eines Landesverbandes des BUND interessierten Gruppen und Verbände ihren eigenen Weg finden. Nach längerer Diskussion über die in jedem zukünftigen Bundesland verschiedenen Ausgangsbedingungen für eine Einigung erklärten sich die Vertreter des BUND-Vorstandes in diesem Zusammenhang bereit, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die dort schon bestehenden BUND-Gruppen zu bitten, daß sie die bereits für Anfang September geplanten Gründungen von BUND-Landesverbänden vorerst zurückstellen, um mit dem BNU (und anderen interessierten Gruppen/Verbänden) über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Gründung oder über die Perspektive eines Zusammengehens zu diskutieren. Weiterhin sollen die bereits existierenden BUND-Landesverbände in Thüringen und Sachsen

sowie die dortigen BUND-Orts- und Kreisgruppen gebeten werden, in die Diskussion über eine Einigung mit dem BNU Thüringen und Sachsen und mit den BNU-Gruppen einzutreten. In Berlin (Ost) wurde gemeinsames Vorgehen empfohlen.

Die BUND-Vertreter informierten dann noch über eine geplante gemeinsame Pressekonferenz am 20.9.1990 in Berlin, auf der neben dem BUND auch der DBV/NB beteiligt ist. Von seiten des BNU wurde Dr.Hentschel gebeten, teilzunehmen.

Es wurde von seiten des BNU vorgeschlagen, zur nächsten Bundesvorstandssitzung des BUND m 21.9.1990 nach Bonn einen Vertreter des BNU-Präsidiums einzuladen.

Abschließend wurde ein ständiger Informationsaustausch über die Mitglieder- und Organisationsentwicklung in den zukünftigen Bundesländern vereinbart.

i.A.



(Hermann Behrens, Protokollant)

Teilnehmer

1. Prof. Dr. Horst Kurth
2. Gerd Grütler
3. Annelies Eschke
4. Frank Bier
5. Dr. Michael Weidlich
6. Dr. Jörg Gelbrecht
7. Dr. Uwe Wegener
8. Prof. Dr. Günter Natho
9. Hermann Behrens
10. Prof. Dr. Giselher Schuschke
11. Prof. Dr. Albrecht Krummsdorf
12. Klaus Schlüter
13. Rudolf Förster
14. Dr. Klaus-Dietrich Gandert
15. Dr. Hans-J. Paepke
16. Karlheinz Slobodda
17. Dr. Eberhard Ladwig
18. Rüdiger Sauerbrey
19. Dr. Peter Hentschel
20. Dr. Christoph Kaatz
21. Wolfgang Pfannenschmidt

Anlage 3**PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG DES KOORDINIERENDEN RATES DES BNU AM 30.8.1990 IN BERLIN (EINSCHLIEßL. ERGÄNZUNGEN)**

Teilnehmer/innen: siehe Anlage 3

Tagesordnung:

1. Situation und Perspektive des Kulturbundes
2. Situation des BNU als Dachverband und in den Ländern
3. Zukunft des BNU
4. Brief an die Mitglieder, Freunde und Freundinnen des BNU
5. Sicherung des Archivs des BNU
6. Verschiedenes

1. SITUATION UND PERSPEKTIVE DES KULTURBUNDES:

Es zeichnet sich aufgrund der aktuellen Entwicklungen für die Zukunft des Kulturbundes folgende Tendenz ab:

- Etliche Fachgesellschaften/-verbände werden gehen und sich mit entsprechenden Partnerorganisationen der BRD vereinigen oder eigenständig auf dem Gebiet der DDR weiterarbeiten. Die Mitgliedszahlen werden nach dem 3. Oktober rapide sinken.
- Der Kulturbund wird neben einem Dach für verbleibende Mitglieder zu einem GmbH-Komplex, wobei die Zukunftschancen der einzelnen GmbHs unterschiedlich bewertet werden müssen. Gute Zukunftschancen scheint z.B. die Umweltanalytik Brandenburg GmbH zu haben, die von der Europäischen Gesellschaft für Ökologie und Medizin August Bier e.V. und dem Kulturbund e.V. mit Sitz in Frankfurt/Oder gegründet wurde und die sich als Serviceeinrichtung für die Analyse von Umweltdaten versteht.
- Der BNU wird vom Kulturbund nicht mehr unterstützt werden können. Bereits der Resthaushalt des Jahres 1990 ist nicht gedeckt. Darüberhinaus mehren sich kritische Stimmen (u.a. aus Sachsen), die eine Anbindung an den Kulturbund aus grundsätzlichen Erwägungen ("Altlast") nicht mehr wollen.
- Um als Verhandlungspartner auch im juristischen Sinne auftreten zu können, wurde für den BNU Ende August auf der Basis der Mitgliederversammlung und des Statuts, das auf der Delegiertenversammlung vom April 1990 diskutiert wurde, die Eintragung als "BNU e.V. beim Kulturbund" in das Vereinsregister beantragt.
- Die zukünftigen Beziehungen BNU/Kulturbund werden in Anknüpfung an entsprechende Vorschläge auf der letzten a.o. Bundesversammlung des Kulturbund e.V. vertraglich zu regeln sein. Die Beziehungen könnten sowohl in Berlin als auch in den Ländern die kostenlose oder - günstige Nutzung von Räumen (auch über den 1.1.1991 hinaus), die Sicherung des geschichtlichen Fundus des BNU (der GNU und Fachgesellschaften) u.ä. umfassen. Hierüber gilt es Nutzungsverträge zu schließen.

2. SITUATION DES BNU ALS DACHVERBAND UND IN DEN LÄNDERN

- Mit Datum 3.10.1990 (juristisches Ende der DDR-Staatlichkeit) stellt sich endgültig die Frage nach dem Sinn eines Dachverbandes BNU. Es bestand die Auffassung, daß ein dritter Verband neben BUND und DBV/NB wegen der Ähnlichkeit der Zielsetzungen insbesondere zwischen BNU und BUND keine Überlebenschancen hat. Der BNU wird aber für einen Übergangszeitraum weiter als Dachverband auftreten, um die Abwicklung der Geschäfte (z.B. internationale Kontakte, Sicherung des Archivs usw.) zu sichern.
- Faktisch hat sich auch oder möglicherweise vorrangig wegen der materiellen Veränderungen, die sich aus der Entwicklung der Beziehungen zum Kulturbund ergeben und wegen der halb-jährigen "Ohnmacht" der Leitung des BNU ein Teil der BNU-Mitglieder bereits unter das Dach des Naturschutzbundes gestellt, u.U. bei gleichzeitiger Mitgliedschaft im BNU. Ein anderer Teil verließ den BNU und gründete BUND-Gruppen oder wurde Mitglied von solchen. Ein weiterer geht in Form eigenständiger Landesverbände mit unserem Namen (z.B. BNU Brandenburg, BNU Sachsen) unter das Dach des BUND. In Mecklenburg-Vorpommern läuft derzeit eine Umfrage unter den Mitgliedern, wem sie sich zuwenden wollen. Die ersten Ergebnisse laufen auf die beiden Optionen BUND und DBV/NB hinaus. In Sachsen-Anhalt gibt es intensive Kontakte zwischen BNU, Grüner Liga und BUND über die Gründung eines Natur- und Umweltschutzverbandes. In Berlin-Ost herrscht - bis auf Aktivitäten der Grünen Liga, Umweltforschungs-Institute und von einigen BNU- und NB-Mitgliedern (vgl. die Adressen- und Aktivitätenliste im "Grünstift" - noch "Funkstille", wengleich derzeit begonnen wird, die Kontakte (wieder)herzustellen. Weder der BNU noch der BUND noch der Naturschutzbund (letzterer wohl aus inhaltlichen Gründen) haben dort aber bisher Fuß fassen können. Es gibt jedoch neben einer Menge IG-Stadtökologie-Interessierter noch eine Menge Ex- und Noch-BNU-Mitglieder in der Stadt. Kontaktaufnahme und Strategiediskussion (vor allem auch mit Grüner Liga) in Berlin-Ost wurde als eine wichtige Aufgabe für die Geschäftsstelle Berlin gesehen.
- Neben strategischen Initiativen und aktiv verfolgten Optionen (offensive Variante) ist jedoch zu erwarten, daß viele Noch-BNU-Mitglieder abwarten und sich nicht sofort neu organisieren wollen (defensive Variante). Manche werden sich in tiefer Enttäuschung auch gar nicht mehr organisieren wollen. Die Abwartenden und Enttäuschten sind möglicherweise am besten weiterhin durch den BNU (emotionale Sicherheit des Bekannten, Frage der Identität) erreichbar. Dazu bedarf es neben einer bewußt ins Auge gefaßten Übergangszeit eines gewissen Maßes an Infrastruktur. In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit gesehen, mit dem Kulturbund über eine Grundausstattung "Sachmittel" zu verhandeln, um die Kommunikations- und Informationsstrukturen zu verbessern. Ebenso wurde in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit verwiesen, daß über den 31.12.1990 hinaus in Berlin-Ost ein Raum nutzbar sein sollte. Auch hierzu bedarf es Verhandlungen mit dem Kulturbund.

ANLAGE ZU PUNKT 2: NOTIZEN ZUR LAGE DES BNU IN DEN LÄNDERN (ERGÄNZT BIS ZUM STAND 10.9.90)

Die folgenden Anmerkungen zur Situation des BNU beruhen auf Informationen, die anlässlich verschiedener Treffen gesammelt wurden. Die Anmerkungen sollten dazu dienen, in Vorbereitung der Sitzung des Koordinierenden Rates am 30.8.90 Bausteine für ein möglichst realistisches Bild des BNU zu liefern und damit zur weiteren Orientierung beizutragen. Sie wurden ergänzt bis zum Stand 10.9.1990. Die Situationsbeschreibung ist selbstverständlich höchst subjektiv, da an den Treffen in der Regel "strategisch interessierte" Personen teilnahmen und der Kontakt zu den Basisgruppen erst punktuell aufgenommen werden konnte. Die Geschäftsstelle ist sehr an weiteren Informationen interessiert und bittet alle Mitglieder des BNU, entsprechende Informationen an die Geschäftsstelle zu senden.

BNU MECKLENBURG-VORPOMMERN

/Auskunft von Herrn Paepke auf der Sitzung des Koordinierenden Rates am 30.8.90/

Die Ornithologen sind dem Naturschutzbund beigetreten,

/Anmerkungen zu einem Treffen am 8.8.90 mit Herrn Hemke, Kreisnaturschutzwart Neustrelitz und Mitglied im BNU-Landesvorstand/

Laut Herrn Hemke wird bis September in Mecklenburg-Vorpommern eine Umfrage unter BNU-Mitgliedern laufen, mit der die Optionen (BNU eigenständig beim Kulturbund, BNU eigenständig ohne Kulturbund, BNU zum BUND, BNU zum Naturschutzbund) festgestellt werden sollen. Herr Hemke meinte, daß die Mehrzahl der Mitglieder zum Naturschutzbund neige, insbesondere wegen der Person Prof.Succows, aber auch deshalb, weil der DBV seit Anfang des Jahres massiv warb (u.a. durch Partnerschaften von Kreisverbänden einschließlich materieller Hilfe, z.B. Bereitstellung von PC + Drucker). Der BUND hat sich dagegen sehr zurückgehalten. Die Informationen über Arbeitsweise und Aufbau der westdeutschen Organisationen nehmen zu. Im Oktober wird sich nach Auffassung von Herrn Hemke der BNU in Mecklenburg-Vorpommern auflösen. Die Mitglieder werden sich dann den neuen Organisationen anschließen.

/Notizen vom Gespräch mit L.Ribbe (stellv.Geschäftsführer BUND-Bundesrepublik) und zwei West-Berliner BUND-VertreterInnen am 8.8.90 (vormittags) betr. Mecklenburg-Vorpommern/

In Rostock hat sich eine BUND-Kreisgruppe, vornehmlich durch ehemalige BNU-Mitglieder gegründet. In Schwerin wird derzeit ein Versuch gestartet, BNU, Grüne Liga und BUND-Interessierte zusammenzubringen. An anderen Orten, so in Neubrandenburg, bestehen Gründungsabsichten. Es bestehen gute Kontakte zwischen BNU und BUND.

/Ergänzung: Notizen vom Treffen der DDR-Arbeitsgruppe des BUND vom 31.8.-1.9.1990 in Bonn/

Die für den September geplante Gründung eines BUND-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern wurde um vier Wochen verschoben, um die Umfrage des BNU unter seinen Mitgliedern abzuwarten und Möglichkeit zu sondieren, ob eine gemeinsame Gründung eines Landesverbandes durch BUND-Interessierte und BNU möglich ist. Kirchliche Gruppen und Grüne Liga sollen

in den Diskussionsprozeß einbezogen werden. Ein Termin für eine Verständigung ist der 29.September 1990 in Rostock.

BNU BRANDENBURG

/Anmerkungen zu einem Treffen am 9.8.90 zwischen Vertretern und Vertreterinnen vom BUND (L.Ribbe, Bonn/ Vertreterin DDR-Kontaktstelle Berlin-West), BNU Brandenburg (Dr.Weidlich, Frank Bier sowie zwei weitere Mitglieder (ich habe nur die Vornamen behalten) und Prof.Dr.Schuschke/ Kulturbund sowie Hermann Behrens, BNU-Geschäftsstelle/

Der BNU wird in Brandenburg in Kürze zu einem e.V. und strebt als solcher die Mitgliedschaft als eigenständiger Landesverband unter dem Dach des BUND an (Modell Bayern). Zwischen dem BUND und dem BNU Brandenburg wurde Einigung über satzungsmäßige Übergangslösungen erzielt. Die endgültige Entscheidung über die Zukunft des BNU Brandenburg soll die nächste Delegiertenversammlung Anfang nächsten Jahres fällen. Grundsatz soll auf jeden Fall sein, eine Zersplitterung der Natur- und Umweltschutzbewegung zu verhindern. Bis dahin unterstützt der BUND die BNU-Arbeit u.a. durch Übernahme und Finanzierung von Werbungs-, Vervielfältigungs-, Druck- etc.-Arbeiten.

Der BUND beteiligt sich an der Finanzierung einer Grundausrüstung für die Landesgeschäftsstelle und die übernimmt Druckarbeiten u.ä., um dadurch die Weiterarbeit und Koordinierung der Basisgruppenarbeit zu gewährleisten.

Dieses Angebot gilt für sämtliche Länder.

Der BNU Brandenburg wird in verschiedenen Einzelprojekten weiterhin - auf der Grundlage von Verträgen - mit dem Kulturbund zusammenarbeiten.

BNU SACHSEN-ANHALT

/Notizen über das Treffen zwischen Vorstandsmitgliedern des BUND Niedersachsen (Prof.Dr.Konrad Buchwald, Dr.Alexander Gaede (Vors.), Karl-Wilhelm Bodenstein (Geschäftsführer Nds.) und weiteren Gästen), VertreterInnen der Grünen Liga Sachsen-Anhalts (Frau Hartmann, Dr.Misbach), BUND-interessierten BNU-Mitgliedern des Phytopatologischen Instituts in Aschersleben, Prof.Dr.Schuschke (kommissarischer Landesvorsitzender BNU Sachsen-Anhalt und Hermann Behrens,BNU-Geschäftsstelle Berlin/

Nach gegenseitigem Informationsaustausch über vorangegangene Treffen und Kontakte (die z.T. seit einem Jahr intensiv laufen) wurde empfohlen, das "Modell Brandenburg" weiter zu diskutieren, allerdings modifiziert durch die Absicht, in Sachsen-Anhalt zur Einigung der seit der Wende auseinandergedrifteten Umweltgruppen beizutragen. Im Vordergrund der Diskussion stand auch hier, daß eine weitere Zersplitterung aus umweltpolitischen Gründen verhindert werden sollte. Prof.Dr.Schuschke und Frau Hartmann regten in diesem Zusammenhang die Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung eines wie auch immer genannten Landesverbandes Natur- und Umweltschutz an und vereinbarten zusammen mit Dr.Gaede ein weiteres Treffen am 16.8.1990, zu dem weitere VertreterInnen BNU/ Grüne Liga eingeladen werden sollen (Dr.Hentschel, Präs.BNU, Dr.Wegner, BNU etc.).

Weiterhin wurde betont, daß auf jeden Fall bis zur Landtagswahl ein nach §29 BNatSchG anerkannter Verband existieren sollte, um in die Gesetzgebungsverfahren eingreifen zu können. Dabei

sei es dahingestellt, ob dies der Naturschutzverband oder der BNU oder ein andersnamiger Verband sei und ob dieser unter dem Dach des BUND wirke.

Der BUND sicherte auf jeden Fall finanzielle und materielle Unterstützung zu.

Abschließend wurde vorgeschlagen, in Thüringen und Sachsen, wo BUND und BNU konkurrieren, wobei beide BUND-Gründungen von ehemaligen BNU-Mitgliedern initiiert wurden, Treffen anzuregen, auf der die "Wiedervereinigung" Hauptthema sein sollte.

/Notizen vom Treffen am 16.8.90 zwischen Vertretern/innen des BUND, BNU und Grüner Liga/

Es wurde beschlossen, vorerst eigenständige Wege zu gehen. Die Grüne Liga will eigenen Landesverband gründen, der BNU will am 9.9.90 in Magdeburg beraten, der BUND erwägt Gründung eines Landesverbandes.

Am 1.9.90 gründet sich in Halle der Naturschutzbund Sachsen-Anhalt.

/Notizen vom Treffen der DDR-Arbeitsgruppe des BUND am 1.9.90 in Bonn/

Die BUND-Gründung eines Landesverbandes wurde vorerst zurückgestellt. Es soll versucht werden, eine gemeinsame Gründung von BNU, BUND und Grüner Liga noch einmal zu versuchen.

/Notizen von der Mitgliederversammlung des BNU Sachsen-Anhalt am 9.9.90 in Magdeburg/

An diesem Tag wurde der "BNU Sachsen-Anhalt e.V." gegründet, um die rechtlichen Ansprüche des BNU (Archiv, Raumnutzung etc.) sicherzustellen und Eigenständigkeit auch für die Verhandlungen mit dem BUND, mit Kommunen usw. zu gewinnen. Ausdrücklich nur bis zur nächsten Mitgliederversammlung, zu der am 10. November 1990 alle jetzigen BNU-Mitglieder nach Halle eingeladen werden sollen, wurden zum Landesvorsitzenden Prof. Dr. Giselher Schuschke, zu seinen Stellvertretern Dipl.-Biol. Dieter Lautenschläger und Dr. Werner Wandelt, zum Geschäftsführer Dr. Uwe Wegener gewählt. Dieser Vorstand hat die Aufgabe, die e.V.-Gründung und ihre juristische Anerkennung zu bewerkstelligen. Die nächste Mitgliederversammlung soll in erster Linie über die organisatorische und inhaltliche Zukunft des BNU und seiner Mitglieder beraten.

SACHSEN

/Notizen nach einem Gespräch mit Frau Eschke, 14.8.90, Berlin/

Der BNU Sachsen wird auf den BUND zugehen. Zunächst soll eine Gründung eines BNU Sachsen e.V. (ohne Kulturbund) erfolgen, um Eigenständigkeit zu erlangen. Betreffend BUND ist eine Einigung mit der bereits bestehenden Organisation BUNS (Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen e.V.) notwendig. Die "Wiedervereinigung BNU-BUNS war Gegenstand des Gespräches zwischen Präsidium des BNU und Vorstand des BUND am 30.8.90 in der Geschäftsstelle Berlin und der Sitzung der DDR-Arbeitsgruppe in Bonn am 1.9.90. Der BUNS signalisierte dort Gesprächsbereitschaft. Von der Ost/West-Koordinierungsstelle des BUND in Berlin-West wird ein Treffen zwischen Vertretern/innen des BUNS und des BNU vorbereitet.

/Notizen von einem Telefonat mit Frau Eschke am 4.9.90/

Laut Frau Eschke wurde das Ergebnis der Sitzung des Koordinierenden Rates von den Kreisverbänden des BNU positiv aufgenommen.

THÜRINGEN

Hier "konkurrieren" BUND und BNU, weniger der DBV/NB. Herr Sauerbrei (BNU) berichtete auf der Sitzung des Koordinierenden Rates am 30.8.90, daß in Erfurt der BNU, in Ostthüringen der DBV und in Suhl der BUND stark vertreten seien. Darüberhinaus gebe es auch noch GNU-Gruppen, die an ihrem Namen festhalten wollten. Die Formen der gegenwärtigen Aktivitäten, Auseinandersetzungen und Zusammenarbeit müssen weiter geklärt werden.

/Notizen von der Sitzung der DDR-Arbeitsgruppe des BUND am 1.9.90 in Bonn/

Die Ost/West-Koordinierungsstelle des BUND in Berlin-West bereitet ein Treffen zwischen Vertretern des BUND und BNU zwecks Möglichkeiten der Einigung vor.

Am 14.9.90 findet in Erfurt eine Landesvorstandssitzung des BNU statt. Der Geschäftsführer Behrens wird teilnehmen.

BERLIN-OST

Offen sind die Entwicklungen in Berlin-Ost als Teil des zukünftigen Stadtstaates Berlin. In Berlin-Ost haben weder der BNU noch der BUND noch der Naturschutzbund ein wesentliches Standbein. Dort dominiert offenbar die Grüne Liga. In einzelnen BNU-Basisgruppen soll die Arbeit weiterlaufen. Einige Naturschutzwarte sollen mittlerweile beim Naturschutzverband sein. Berlin-Ost wird Gegenstand des Gespräches zwischen BNU und BUND am 30.8.90 werden müssen. Im September/Oktober werden "Aktivisten und Aktivistinnen" an der Berliner Basis aufgesucht und Kontakte zur Grünen Liga und zum Naturschutzbund hergestellt, um die gegenwärtigen Entwicklungen zu erforschen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu diskutieren. Auch hier sollte die Zusammenführung der naturschutz- und umweltpolitisch interessierten Menschen im Vordergrund stehen.

GESCHÄFTSSTELLE/ KOORDINIERENDER RAT

Als Folge der Entwicklung des Kulturbundes e.V. werden unser langjähriger (34 Jahre lang) Mitarbeiter, Herr Hamsch, zum 31.12.1990, und unsere Mitarbeiterin Frau Erler bereits zum 15.10.1990 gehen müssen. Die Stelle als Fachsekretär für den Bund Natur und Umwelt (Geschäftsführer) ist bis zum 31.12.1990 gesichert. Vom Kulturbund ist nur noch in minimalem Umfang materielle Absicherung zu erwarten. In Zukunft wird diese ganz ausbleiben (1991). Bereits der vom BNU für den Rest dieses Jahres beantragte Finanzhaushalt ist nicht gesichert.

Ein Aufgabenfeld ist in diesem Zusammenhang die *Sicherung der Geschichte* des BNU/ der GNU/ der Fachgesellschaften. Diese Aufgabe ist unter den gegebenen Umständen (Zeit/ Geld) außerordentlich schwierig. Der Koordinierende Rat sprach sich am 30.8.90 für die ganzheitliche Sicherung des Materials aus, da eine Selektierung des archivwürdigen Materials unter dem gegenwärtigen Zeitdruck zuviel Verluste bringt.

3. ZUKUNFT DES BNU

- Das Dach BNU (GNU) vereinigte in der Vergangenheit verschiedene Fachgesellschaften/-verbände, die nicht organisch zusammenwachsen und daher zukünftig so nicht zusammenbleiben werden. Es ist zu erwarten, daß sich die Spezialinteressen stärker ausformen und weiter verselbständigen. So werden sich z.B. die Geologen/Mineralogen mit entsprechenden Organisationen aus der BRD zusammenschließen und den BNU verlassen. Ob sie diesen Schritt geschlossen als Fachgesellschaft oder über Einzelaustritte oder Einstellung der Zahlungen vollziehen, wird z.T. gar nicht nachvollziehbar sein, weil die Karteien der Kulturbund geführt hat und ein Überblick schwierig ist. Der AK Weißstorch wird sich laut Dr.Christoph Kaatz, Storchenhof Lohburg, am 10. November über seine Zukunft verständigen.
- Der BNU wird die Beibehaltung bisheriger oder den Übergang in neue organisatorische Strukturen von seinem inhaltlichen Selbstverständnis her als breite Natur- und Umweltorganisation versuchen, d.h. ausdrücklich die naturschutz- und umweltpolitischen Aspekte hervorheben. Unter Umständen wäre hier noch offensiv das eine oder andere Gespräch mit anderen Vereinen wie "Natur- und Heimatfreunde", Grüner Liga, IG Stadtökologie, etc. zu führen, ob man nicht gemeinsam unter einem neuen Dach...?, möglicherweise auch allein?...wirken will. Diese Vereine und darüberhinaus vereinslose ehemalige BNU-Mitglieder sollen mit dem vorliegenden "Brief an die Mitglieder" versorgt werden.

4. BRIEF AN DIE MITGLIEDER

- Dr.Hentschel und der Geschäftsführer, Hermann Behrens, wurden beauftragt, einen "Brief an die Mitglieder, Freunde und Freundinnen des BNU" zu verfassen, in dem über die gegenwärtige Situation informiert wird und die Empfehlung ausgesprochen wird, das Angebot des BUND anzunehmen. Die "Highlights" dieses Briefes sollen auch über die Medien verbreitet werden, da viele Mitglieder durch die Auflösung der Kulturbund-Geschäftsstellen nicht mehr erreichbar, aber allemal interessiert sind (wg. Identität und abwartender oder reservierter Haltung gegenüber den "Neuen").

5. SICHERUNG DES ARCHIV-MATERIALS

- Es gibt in West-Berlin (insbesondere TU Berlin) und der Bundesrepublik ein großes Interesse an der GNU/BNU-Geschichte.
- Die Sicherung und dauerhafte Zugänglichkeit des gesamten Materials soll im Vordergrund stehen. Es soll nichts voreilig weggeworfen werden.
- Der Kulturbund hat angeboten, das Archivmaterial zu übernehmen. Darunter ist aber nur das archivwürdige Material zu verstehen. Über diese Frage wird die Geschäftsführung des BNU mit dem Kulturbund verhandeln.
- Auch die Mitglieder in den Ländern/Bezirken/Kreisen sollten versuchen, das gesamte verfügbare Material zu sichern.

6. VERSCHIEDENES

- Dr.Hentschel wurde beauftragt, bei Umweltminister Prof.Steinberg wegen finanzieller Unterstützung und zukünftiger Förderungsmöglichkeiten vorzusprechen. Dieses Gespräch wird voraussichtlich Mitte September stattfinden.
- Dr.Gandert (Dendrol.Ges., Berlin) schlug vor, in den Bundesländern in Kooperation mit dem BUND Ausstellungen unter dem Thema "Grün kaputt" ins Leben zu rufen und dafür Räume des Kulturbundes zu nutzen.
- Am 31.8.90 trafen sich Dr.Hentschel und Hermann Behrens mit ein Termin mit Prof. Succow und Dr. Caspar vom Naturschutzbund. Es wurde projektbezogene Zusammenarbeit und gegenseitiger Informationsaustausch vereinbart. Herr Behrens bat um Offenheit im gegenseitigen Verkehr.
- Der Naturschutzbund trat an den Kulturbund wegen der Nutzung von Räumen, u.a. in der Johannisstraße (BNU-Geschäftsstelle) heran. Über diese Frage soll verhandelt werden.

PS:

Ich danke Frau Erler und Herrn Hamsch für Ihre große Hilfe bei der Vorbereitung, Abwicklung und Nachbereitung des Treffens.

i.A.



(Hermann Behrens, Protokollant)